

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1922**

500 (28.10.1922) Mittagausgabe

Badische Presse

Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Eigentum und Verlag von Ferd. Friedländer

Verand-Briefe: In Karlsruhe: Im Verlage...

Die innere Krise.

Unterbrechung der Verhandlungen. - Die Einwirkung der Reparationsbesprechungen.

m. Berlin, 27. Okt. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Entwicklung der inneren Krise ist am Freitag auch nicht einen Schritt vorwärts gekommen.

m. Berlin, 28. Okt. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) In der Sitzung der Parteiführung mit der Reichsregierung am Donnerstag war die Einsetzung einer Unterkommission beschloffen worden.

Die Regierungskrise in Bayern.

Keine formelle Personenfrage, sondern wesentliche Richtungsänderung. S. München, 27. Okt. (Drahtmeldung unserer Berichterstatters.) Aus einem geringfügigen Anlaß - der Denkschrift, in der das bayerische Kabinett der Reichsregierung Vorschläge zur Bekämpfung der Teuerung machte - hat sich nun eine allerdings im Augenblick noch latente Regierungskrise in Bayern entwickelt.

Um das österreichische Sanierungsprogramm.

Die Gegenforderungen der Sozialdemokraten. - Die parlamentarische Erledigung der Genfer Konvention gesichert.

Wien, 27. Okt. (Drahtmeldung unserer Berichterstatters.) Die innenpolitischen Ereignisse, die sich unter der Wirkung der Genfer Konvention herausgebildet haben, scheinen vor einer baldigen Klärung zu stehen.

Die Orientkonferenz.

o. Belgrad, 27. Okt. (Drahtmeldung unserer Berichterstatters.) Die diplomatischen Vertreter von Großbritannien, Frankreich und Italien hatten heute nachmittags eine Besprechung beim Kommandanten des belgischen Depots in der sie den Wunsch ihrer Nachbarn ausdrückten, die Orientkonferenz in der Schweiz und zwar in Lausanne stattfinden zu lassen.

U. Paris, 27. Okt. (Drahtbericht.) Frankreich, England und Italien werden wie amtlich bekannt wird, jedes für sich durch ihre diplomatischen Vertreter in den belgischen Hauptstädten zu der Orientkonferenz einladen und auch jedes für sich die Einladung zur Weimarer-Konferenz nach Moskau ergoßen lassen.

Der englische Wahlkampf.

Wiederannäherung der Konservativen und Coalition Liberalen.

London, 27. Okt. (Drahtmeldung unserer Berichterstatters.) Im englischen Wahlkampf beginnt sich eine Annäherung zwischen den Konservativen und den früheren Koalitionliberalen, d. h. also der Lloyd George-Gruppe, zu zeigen.

Bonar Law und die Reparationsfrage.

L. London, 26. Okt. (Drahtbericht.) Bonar Law konferierte gestern mit seinen Ministerkollegen und reiste 11 Uhr 40 Minuten nach Glasgow ab, um dort eine weitere Programmrede zu halten.

L. London, 27. Okt. (Drahtmeldung unserer Berichterstatters.) Die Stelle der gestrigen Rede Bonar Laws in Glasgow, die sich auf die Reparationsfrage bezog, hatte folgenden Wortlaut:

Bei den letzten englischen Wahlen sprach jedermann so, als ob Deutschland die ganzen Kriegsschulden bezahlen müßte. Ich persönlich habe das nie geglaubt. Immer habe ich das Gefühl, daß diese Tendenz allzustark in das Gegenteil umschlägt.

Die Regierungskrise in Italien.

Schwere Prognosen der Faschisten.

Mailand, 27. Okt. (Drahtmeldung unserer Berichterstatters.) Die Verwirrung, die durch die plötzliche Ministerkrise in Italien hervorgerufen wurde, ist recht groß. Sie kommt auch in den Ausgaben über eine eventuelle Nachfolgerin factas deutlich zum Ausdruck.

Der Faschistenkongress in Neapel.

M. Neapel, 28. Okt. (Drahtmeldung unserer Berichterstatters.) Der Faschistenkongress in Neapel wurde gestern geschlossen. Über die Frage des Wahlrechts und der Koalition wurden keine Beschlüsse gefaßt.

Washington, 27. Okt. (Drahtbericht.)

Aus Anlaß des Protokolltagess haben Präsident Harding und Staatssekretär Hughes Erklärungen über die Grundlinien des amerikanischen Notierprogramms abgeben.

New-Yorker Markkurs vom 27. Okt.

Table with 2 columns: Kurs der Pe'chmark bei Börsenschluss, Höchstster Kurs, Niedrigster Kurs, Dies entspricht einem Par'kurs in Deutschland von.

Neue Einnahmequellen für die Gemeinden.

Von Staatsminister a. D. Paul Hirsch, M. d. Pr. L.

Die Finanznot der Gemeinden, die von Monat zu Monat schlimmer geworden ist und stellenweise bereits katastrophale Folgen zeitigt hat, hat den Reichsfinanzminister bewogen, mit neuen Vorschlägen an den Reichsrat heranzutreten.

Die seit Verabschiedung der Steuergesetze verfloßenen Jahre haben eine so gewaltige Umwälzung unserer Wirtschaftslage und damit auch der Lage der gesamten deutschen Gemeinden mit sich gebracht.

Es ist zu begrüßen, daß die Reichsregierung unumwunden anerkennt, daß das ständige Sinken des Marktwertes den Finanzbedarf der Länder und Gemeinden nicht minder in die Höhe getrieben hat, als den des Reiches.

Dieser Notlage trägt der neue Entwurf einmal dadurch Rechnung, daß er die Länder und Gemeinden an dem Auskommen von Reichsteuern in höherem Maße als bisher beteiligt, und zweitens dadurch, daß er das Zuschlagsrecht zu den Reichsteuern erweitert und gleichzeitige den Ländern und Gemeinden selbständige Steuerquellen erschließt.

Durch die Gesetze vom 8. April 1922 sind die Länder und Gemeinden bereits stärker an eigenen Steuern des Reiches beteiligt. Die Körperschaftsteuer der Erwerbsgewerbetreibenden ist bekanntlich von 10 auf 20 Proz. erhöht, an der Kraftfahrzeugsteuer sind die Länder mit 50 bzw. 100 Proz., an der Kennzeichensteuer mit 50 Proz. beteiligt worden.

Nach der Berechnung, die das Reichsfinanzministerium aufgestellt hat, würde sich aus der Verwirklichung seiner Vorschläge ein Mehr von 19,75 Milliarden ergeben, ein Betrag, der zwar sehr hoch erscheint, der aber dennoch nicht ausreicht, die Mehrausgaben der Länder und Gemeinden weit zu machen.

Wenn man die Ausgaben der Gemeinden im einzelnen betrachtet, so ergibt sich, daß sich von 1913 bis 1922 die gemeinlichen Aufwendungen für Befoldungen um das 31fache, für die Polizeiverwaltung um das 18fache, für das Volksschulwesen um das 12fache, für das Fach- und Fortbildungsschulwesen um das 20fache, für die mittleren und höheren Schulen um das 18fache vermehrt haben.

Dagegen ist die Regierung einverstanden mit der Eröffnung neuer Steuerquellen zu selbständiger Bewirtschaftung durch Länder und Gemeinden. Hier kommt, abgesehen von der Jahrgessteuer, die den Ländern bereits durch das Kraftfahrzeugsteuergesetz überlassen ist, besonders in Betracht die Getränkesteuer, ein Gebiet, das den Gemeinden bisher durch reichsgesetzliche Vorschriften entweder ganz verlossen oder doch nur in bestimmtem Umfang und unter bestimmten Voraussetzungen zugänglich war.

Ein weiteres Entgegenkommen des Reiches ist darin zu erblicken, daß es den Ländern für sich und die Gemeinden 60 Proz. an Mehraufwendungen erstatten will, die für die Erhöhungen der Beamtengehälter, der Versorgungsbezüge, der Ruhegeldempfänger, der Marineangehörigen und der Beamtenhinterbliebenen sowie der Verpflichtungen der Anwaltschaft seit dem 1. Oktober 1921 erwachsen. Die Länder haben die Pflicht, die ihnen vom Reich für ihre Ge-

meinden geleisteten Zuschüsse an diese anzuzahlen und sind berechtigt, einen Teil davon zum Ausgleich zwischen den Gemeinden zu verwenden.

Wenn mit diesem Entwurf, dessen Verabschiedung unmittelbar bevorsteht, auch nicht alle Wünsche der Länder und Gemeinden restlos erfüllt sind, so wird man doch zugeben müssen, daß die Reichsregierung ein Entgegenkommen an den Tag legt, das im Hinblick auf die traurige Finanzlage des Reichs selbst Anerkennung verdient.

**Deutschnationaler Parteitag.**  
Der vierte Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei nahm heute in Götting seinen Anfang. Der Parteitag lag der Geschäftsberichte der Hauptgeschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei vor. Dieser stellt ein weiteres Anwachsen der Deutschnationalen Volkspartei fest; die Zahl der Parteigliederungen ist auf 10.675 gestiegen. Von den Ausschüssen sind zu nennen: ein Reichsfräulenausschuß, ein Reichsangelegenheitsausschuß, ein Reichsarbeiterausschuß, ein Reichsjugendauschuß, ein deutschnationaler Lehrerbund, die Organisation der deutschnationalen Beamten, die Organisation der deutschnationalen Studenten, der Bund deutschnationaler Vertreter der Heilberufe, der Bund deutschnationaler Rechtsanwälte und Notare, der Bund deutschnationaler Gemeindevorsteher, der Reichsausschuß deutschnationaler Industrieller, der Reichsausschuß für den gewerblichen Mittelstand, der Reichsausschuß für die evangelische Kirche, der Reichskatholiken, der Reichsausschuß für die Landwirtschaft, der Reichsausschuß für die Hochschullehrer, der evangelische Reichsausschuß. Die öffentlichen Verhandlungen des Parteitages nahmen am Freitag ihren Anfang.

Berlin, 27. Okt. Am großen Saale der Göttinger Stadthalle wurde heute die erste öffentliche Sitzung der Deutschnationalen Volkspartei abgehalten. Über 1100 Delegierte aus allen Gegenden Deutschlands haben sich eingefunden, dazu weit über 1000 Gäste. Vorhender Bericht eröffnete den Parteitag und hielt eine politische Rede, in der er u. a. sagte: Wir werden unsere Tätigkeit aus dem Reichstag ins Volk hinausverlegen. Die großen politischen Debatten werden wir einschränken, wir wollen dieses Theater nicht mehr mitmachen. Wenn wir aus Oppeln hören, daß es Katholiken verboten sein soll, deutschnational zu sein, und wenn man will, daß wir die monarchistische und deutschpöhlische Propaganda einstellen, dann ist die Antwort des Parteitages: Nun erst recht!

**Die Ansicht eines französischen Nationalökonomten.**  
Paris, 26. Okt. In einer Unterredung, die der Nationalökonom Charles Gide mit einem Berichterstatter der „Humanité“ über den Sturz der Mark und die Reparationskrise hatte, erklärte Gide unter Hinweis auf die Friedensverhandlungen von 1919, das erste Unglück sei gewesen, daß man Deutschland nicht zu den Verhandlungen über die Bedingungen habe zulassen wollen, unter denen es für die Reparationen hätte arbeiten können. Man habe es ferngehalten und ihm nur gestattet, schriftliche Erwerbungen vorzubringen. Das habe Deutschland widerpennt gemacht und sei ein großer Fehler gewesen, Deutschland dazu zu zwingen, sich für Schuldig am Kriegsausbruch zu erklären. Dieses Verfahren, das dem Völkervertrag des Mittelalters ähnele, sei unmoralisch und die Basis der Reparationsfrage mit der Frage der Verantwortung für den Kriegsausbruch habe man Deutschland einen Vorwand geliefert, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Denn die Verantwortung für den Kriegsausbruch habe man Deutschland einen Vorwand gegeben, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Denn die Verantwortung für den Kriegsausbruch habe man Deutschland einen Vorwand gegeben, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen.

**Reparationsfrage bei Verciner Großbanken.**  
Berlin, 27. Okt. (Drahtbericht.) Einem Reichsminister gesteht man durch die Aufmerksamkeiten eines Berliner Bankbesuchers auf die Spur gekommen. Ein Hauptvertreter der Reparationsfrage ist der Bankier Christian Schulze aus Hannover. Er ist auf Veranlassung der dortigen Staatsanwaltschaft von der Berliner Kriminalpolizei verhaftet worden. Schulze gibt die Verzinsung der

**Reparationsfrage bei Verciner Großbanken.**  
Berlin, 27. Okt. (Drahtbericht.) Einem Reichsminister gesteht man durch die Aufmerksamkeiten eines Berliner Bankbesuchers auf die Spur gekommen. Ein Hauptvertreter der Reparationsfrage ist der Bankier Christian Schulze aus Hannover. Er ist auf Veranlassung der dortigen Staatsanwaltschaft von der Berliner Kriminalpolizei verhaftet worden. Schulze gibt die Verzinsung der

**Reparationsfrage bei Verciner Großbanken.**  
Berlin, 27. Okt. (Drahtbericht.) Einem Reichsminister gesteht man durch die Aufmerksamkeiten eines Berliner Bankbesuchers auf die Spur gekommen. Ein Hauptvertreter der Reparationsfrage ist der Bankier Christian Schulze aus Hannover. Er ist auf Veranlassung der dortigen Staatsanwaltschaft von der Berliner Kriminalpolizei verhaftet worden. Schulze gibt die Verzinsung der

**Gedankenplitter.**  
Von Max Javel (Wien).  
Nichts Schlimmeres für einen Menschen, als wenn er, mit Andromeda verheiratet, erkennen muß, daß er eigentlich den Drachen befreit habe.  
Nach jeder Dummheit, die wir gemacht haben, bleibt uns wenigstens der erhebende Trost, daß sie nicht unerreicht gewesen ist (und vermutlich auch nicht unsere letzte bleiben wird!).  
Seele und Körper — die friedlichsten, unglücklichsten aller Menschengestalten. Aber wenn sich dies Färden einmal verflecht, nur ein Viertelrädchen: dann kommt der liebe Gott auf Besuch!  
Die Sonne, die deinen Gern bescheint, hat auch im Paradiese gelehrt.  
Die Stärke des Weibes liegt vor allem in seiner Schwäche.  
Die schweißigen Wunden bluten nach innen.  
Wenn der Egoismus der Klippen gedenkt, an denen er zerfallen mußte, spricht er leuchtend von den Enttäuschungen des Lebens.  
Jeder Enttäuschung muß eine Täuschung vorausgegangen sein.  
Die Schmerzläsionen aller Einsamkeiten erfährt der Mensch in der Ehe.  
Die beseligendsten aller Gemeinsamkeiten erfährt der Mensch in der Ehe.  
Der unglückliche Mensch ertrinkt, wenn ein großes Herz und ein kleiner Kopf zusammentreffen; der gefährliche Mensch, wenn ein großer Kopf und ein kleines Herz sich finden.  
Es gibt Frauen, die es mit ihrem Manne vom frühen Morgen bis in die späte Nacht so unwiderstehlich gut meinen, daß er es einfach nicht mehr länger aushalten kann.  
Der Kerlsstand kann mit den Worten beweisen, daß er recht habe. Das Gefühl besetzt ihn schmelzend.  
Man denkt nie öfter an jemand, als wenn man ihn vergessen will.  
Ein alter Junggeselle, gefragt, warum er nicht geheiratet habe, erwidert, weil er die Frauen zu hoch verehere und schätze.

### Die polnische Goldanleihe.

Warschauer Brief.  
Dr. Ro. Warschau, 20. Oktober.

Unter den Gelegenheiten, die der polnische Sejm noch in seiner letzten Session im September durchgeschickte, war auch ein neues Anleihegesetz. Die darin vorgesehene Anleihe war eine innere; bezeichnet wurde sie als Goldanleihe. In Ausführung dieses Gesetzes ist diese Anleihe dann am 19. Oktober vom polnischen Finanzministerium ausgeteilt worden.

Die polnische Valuta ist in Bezug auf Inflation der deutschen noch um ein großes Maß voraus. Die polnische Regierung ist jedoch überzeugt, daß die Entwicklung des polnischen Wirtschaftslebens, vor allem des Exportes an landwirtschaftlichen Produkten, in den nächsten Jahren eine Sanierung des polnischen Geldwesens ermöglichen wird. Im Zusammenhang damit soll dann eine eigene polnische Währung eingeführt werden, der polnische Zloty — das Wort entspricht unserem „Gulden“ —, der dem Schweizer Franken gleichgestellt soll. Die neue Goldanleihe ist der erste Schritt hierzu.

Die polnische Regierung hat sich aber zuversichtlich eine reine Goldanleihe aufzulegen, da eine solche für alle Inhaber der polnischen Mark zu spekulieren. Man hat daher den eigentümlichen Ausweg gewählt, die einzelnen Stücke der Anleihe in zwei im Wert gleichgehenden Teilen auszugeben: zu 10 000 Polennark und 10 Zloty, sowie zu 50 000 Polennark und 50 Zloty. Damit ist der Zloty gleich 1000 Polennark gesetzt. Die Stücke 24 000 und 120 000 Polennark sollen für einen Zloty 1400 Polennark geteilt. Der Schweizer Franken kostet aber in Warschau zur Zeit etwa 2000 Polennark. Da der Besitzer dieser Goldanleihe Anspruch darauf hat, sich die Anleihe in Schweizer Franken (oder in Dollars oder in Polennark mit Kursausgleich) zu lassen, wird die effektive Verzinsung weit höher sein als die offizielle von 8%. Freilich will das bei den Polen für Bargeld zur Zeit geachteten Zinsen nicht viel ausmachen.

Die polnische Goldanleihe ist ein nicht uninteressantes Experiment. Aber im besten Falle dürfte sie Erfolg sein. Die Notenbankverhältnisse vorübergehend zu hemmen. Die Sanierung des polnischen Finanzwesens ist eine herausfordernde Aufgabe, die wohl die Kräfte einer ganzen Nation von Finanzen aufheben werden.

### Ein polnisches Panama in Polen.

O. G. Warschau, 24. Oktober. Der Sejmabgeordnete Raskowski erklärte bei der Eröffnung der Unterredung, die von einem besonderen Sejmkomitee über die Tätigkeit des polnischen Kreditwesens in Polen durchgeföhrt werden soll. Die Unterredung hat erklärt, daß in dieser Behörde ein System der Korruption und Spekulation herrsche und zahlreiche Landbesitzer zu Spottpreisen an Perlonen übergeben haben, die den Beamten des Sejmkomitees nahestehe. Der Schaden, der dem Staate daraus erwachsen ist, wird auf 8 Milliarden poln. Mark geschätzt.

### Reparationsfrage des Rates der Volkskommisjare.

O. G. Moskau, 25. Okt. Unter Vorsitz Lenins fand eine Sitzung des Plenums des Rates der Volkskommisjare statt, auf welcher der Agrar- und der Arbeitskodex zwecks Einbringung beim Allrussischen Zentral-Kreditkomitee befähigt worden sind. Wie bereits gemeldet, machen sich besonders gegen die Fassung des Agrarkodex scharfe Widerstände geltend, weil von linksommunistischer Seite befürchtet wird, daß sie dem Streben der Bauernschaft zum Eigenbesitz zu weit entgegenkomme.

Leibschewitsch hat der Moskauer Presse gegenüber erklärt, der Militär Lloyd Georgs werde die russisch-englischen Beziehungen ungenügend beeinflussen. Die Interessen Großbritanniens verlangen Freundschaft zwischen beiden Staaten. In der Orientfrage werde Sowjetrußland sich mit einem Kabinett Bonar Law leichter verständigen können.

Der sowjetische Gesandte in Warschau Karaschan, der als Stellvertreter Außenkommissar tatsächlich seit Monaten in Moskau weilt, wird demnächst auch formell abberufen werden. Zum Gesandten in Polen wird voraussichtlich sein gegenwärtiger Stellvertreter Obolenski ernannt, der gleich seinem Bruder, dem stellvertretenden Landwirtschaftskommissar Ossinski (Obolenski) der alten Fürstenfamilie dieses Namens entstammt.

### Millionen-Schwundel bei Berliner Großbanken.

Berlin, 27. Okt. (Drahtbericht.) Einem Reichsminister gesteht man durch die Aufmerksamkeiten eines Berliner Bankbesuchers auf die Spur gekommen. Ein Hauptvertreter der Reparationsfrage ist der Bankier Christian Schulze aus Hannover. Er ist auf Veranlassung der dortigen Staatsanwaltschaft von der Berliner Kriminalpolizei verhaftet worden. Schulze gibt die Verzinsung der

**Reparationsfrage bei Verciner Großbanken.**  
Berlin, 27. Okt. (Drahtbericht.) Einem Reichsminister gesteht man durch die Aufmerksamkeiten eines Berliner Bankbesuchers auf die Spur gekommen. Ein Hauptvertreter der Reparationsfrage ist der Bankier Christian Schulze aus Hannover. Er ist auf Veranlassung der dortigen Staatsanwaltschaft von der Berliner Kriminalpolizei verhaftet worden. Schulze gibt die Verzinsung der

**Reparationsfrage bei Verciner Großbanken.**  
Berlin, 27. Okt. (Drahtbericht.) Einem Reichsminister gesteht man durch die Aufmerksamkeiten eines Berliner Bankbesuchers auf die Spur gekommen. Ein Hauptvertreter der Reparationsfrage ist der Bankier Christian Schulze aus Hannover. Er ist auf Veranlassung der dortigen Staatsanwaltschaft von der Berliner Kriminalpolizei verhaftet worden. Schulze gibt die Verzinsung der

Kassationen zu behauptet, aber, nicht gewillt zu haben, daß die Papiere gefälscht sind. Es handelt sich um Koupens der 4% Prozentigen Provinzialanleihe von Buenos Aires. Eine Reihe von Berlin-Großbanken sollen durch die Manipulationen um 300 Millionen Mark geschädigt sein.

**Meyerfall.**  
Berlin, 26. Okt. Heute früh wurde auf dem Kurfürstendamm ein russischer Oberst aus Moskau in Begleitung einer Dame von 6 Männern überfallen. Der Oberst trug Kopfverletzungen davon. Der Dame wurde das Brillantenarmband und der Feinmantel geraubt.

**Geraubte Goethe-Melodien.**  
U. M. Weimar, 27. Okt. (Drahtbericht.) Aus dem Weimarer Goethe-Museum wurden Goethes Uhr, seine Trauringe und ein goldener Becher gestohlen.

### Ernennungen / Verleihungen / Zurechlegungen usw. der planmäßigen Beamten.

**Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.**  
Ernannt: Verwaltungsoberinspektor Rudolf Wurmann zum Bezirksamt Karlsruhe zum stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsamts Karlsruhe mit der Amtsbezeichnung Ratmann. Polizeioberleutnant Wilhelm Winkler zum Polizeicommissar zum stellvertretenden Polizeioberleutnant. Verleitet: Verwaltungsoberleutnant Ludwig Dier bei der Wasser- und Straßenbauverwaltung als Oberleutnant zum Bezirksamt Schwelben. Bismarckgedenke: Verwaltungsoberleutnant Friedrich Schöcher bei der Wasser- und Straßenbauverwaltung als Verwaltungsoberleutnant. Entlassen auf Ansuchen: Verwaltungsoberleutnant Ernst Buechmann, zuletzt beim Bezirksamt Mannheim, Oberleutnant Friedrich Weg beim Bezirksamt Wetzlar.

**Zustizministerium.**  
Ernannt: Regierungsrat Oskar Dörner beim Justizministerium zum Amtsrichter in Oldenburg. Schreibgehilfin Hilda Weber beim Landgericht Karlsruhe zur Kanzlerin. Planmäßig angeleitet: Kassierer Albert Galetz beim Justizhaus Wetzlar. Verleitet: Die Justizoberleutnants Georg Virke beim Notariat Wetzlar und Paul Gölz bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe zum Landgericht Wetzlar. Ernann: Oskar Dörner beim Notariat Wetzlar zum Amtsrichter. Verleitet: Oskar Dörner beim Notariat Wetzlar zum Amtsrichter. Verleitet: Oskar Dörner beim Notariat Wetzlar zum Amtsrichter.

**Ministerium des Kultus und Unterrichts.**  
Verleitet: dem Privatdozenten an der Universität Heidelberg Dr. Stegmann die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität. Ernann: Finanzinspektor Hermann Bolenz bei der Zentralratsverwaltung Karlsruhe zum Finanzinspektor. Verleitet: August Döllmann bei der Zentralratsverwaltung Karlsruhe zum Finanzinspektor. Verleitet: August Döllmann bei der Zentralratsverwaltung Karlsruhe zum Finanzinspektor. Verleitet: August Döllmann bei der Zentralratsverwaltung Karlsruhe zum Finanzinspektor.

**Arbeitsministerium.**  
Ernannt: Arminia Erwin Dörner beim Bezirksamt Karlsruhe zum Regierungsrat beim Oberbergschwarzort Karlsruhe. Verleitet: Regierungsrat Heinrich B. u. B. Schriftführer der Holz- und Papierindustrie in Wetzlar zum Schriftführer der Holz- und Papierindustrie in Wetzlar.

**Vasensversammlungen.**  
Scheiter. Sind usw. ist man ernstlichen Anstrengungen ausgelegt und man sollte sich mit Panfay-Panellen versehen sein. Die dies sind eine besondere Wirkung auf Kranke hervorzubringen und die durch Brunnen, in der Wärme einwirken. Panfay-Panellen sind von erster Fertigkeit warm empfohlen, namentlich von Schmerz und arthritischen Beschwerden in Karlsruhe.

Bei Kopfschmerz  
Migraäne, Zahnschmerz, Rheuma.  
Erhältlich in Apotheken.

**Programm der 8 Sinfoniekonzerte des badischen Landestheaters.**  
Das badische Landestheater wird uns geföhrt: Anfang November beginnt das badische Landestheater mit der Reihe der sechs Sinfonien der Anton Bruckner, deren Programm durch seine Vielseitigkeit erweist. Die vorliegenden verschiedenen Aufführungen sind im höchsten Grade orchestralen Darbietungen werden diesmal in der Gedankentiefe und in der Macht der Gestaltung zu hören. Der letzte Sinfoniekonzert am Freitag, den 1. November, um 8 Uhr abends im Saale der Opern- und Schauspielhaus. Der erste Sinfoniekonzert am Freitag, den 1. November, um 8 Uhr abends im Saale der Opern- und Schauspielhaus.

Pfeil-Spar vermindert Ihre Gasrechnung.  
Spar-Glühkörper Marke „Pfeil“ sparen laut technischer Untersuchung 25% Gas

MARK PFEIL. Das Bild zeigt den Pfeil-Spar-Glühkörper, eine Marke, die für Energieeffizienz bekannt ist. Die Werbung betont die Ersparnis von bis zu 25% Gas durch den Einsatz dieser Glühkörper. Die Marke 'Pfeil' ist in einem Kreis um den Glühkörper herum zu sehen.





# Badische Chronik der Badischen Presse.

Samstag, 28. Oktober 1922.

## Zur Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten.

Bei der namentlichen Abstimmung im Reichstag am letzten Dienstag über die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten bis zum 30. Juni 1925 stimmten von den anwesenden 12 badischen Reichstagsabgeordneten 11 für die Verlängerung und zwar die 2 Abgeordneten der Deutschen (liberalen) Volkspartei Dr. Curtius und Dr. Düringer, die beiden Abgeordneten der Deutschen Demokratischen Partei Dietrich und Dr. Haas, die 3 Zentrumsabgeordneten Diez, Erling und Dr. Wirth (Damm, Semann und Fehrenbach fehlten; der letztere nahm an diesem Tage an einer Sitzung des Staatsgerichtshofes in Leipzig teil). Von der Sozialdemokratischen Partei stimmten für Ebert: Wolf Ged.-Offenburg, Ostler Ged.-Mannheim, Schöpflin und Schwarz; Niedmüller, der bekanntlich vor kurzem seinen Wirkungskreis von Freiburg nach Köln verlegt hatte, fehlte. Der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Fischer-Meißenheim stimmte gegen die Verlängerung.

## Mangelhafte Kartoffelzufuhr.

In einem Artikel schreibt das Ministerium des Innern, daß, obwohl nachweisbar die Kartoffelernte in diesem Jahre als gute bezeichnet werden könne, die Zufuhr von Kartoffeln in die Städte abgesehen unzulänglich sei. Die Angaben dafür, daß wieder einmal ein bestimmter Teil der Landwirtschaft keine Kartoffelernte über ein erträgliches Maß hinaus überwinden wolle, in der Absicht, im nächsten Frühjahr dadurch zu höheren Erträgen zu kommen, häufen sich auf. Infolgedessen werden auch wieder Teile des Handlungshandels unruhig und überdient die Preise recht ungebührlich. Das Ministerium des Innern hat redigiert und wiederholt die verschiedenen Berufsstände auf den furchtbaren Ernst der Lage hingewiesen. Sollten keine Ermahnungen unausgesehen werden, wie das selber allerdings verschiedentlich beobachtet werden könne, dann müssen aber auch strenge Maßnahmen, die durch ihr Verschalten die Komplikationsjahre steigern, sich darüber klar sein, daß alle Dinge einmal ihr Ende finden. Jeder wolle in ungebührlicher Freiheit keine Profitinteressen wahren. Das sei der Wurm, der am Mark des deutschen Volkes zehrt. Das Ministerium weist dann darauf hin, wie dieser Schaden einmal zu einer furchtbaren Ernüchterung führen müsse und schließlich. Da ganz offensichtlich in diesem Winter Kartoffeln knapp im Lande sind, um die Ernährung zum mindesten bis zum nächsten Frühjahr sicher zu stellen, braucht die augenblickliche Situation in der Zufuhr zu besonderer Beunruhigung keine Veranlassung zu sein. Wenn letzten Endes alle Ermahnungen, die Zufuhr zu steigern, nichts nützen, dann wird zwingend die Erfassung der Kartoffelernte in die Hände der Regierung, wie das während des Krieges und in der Nachkriegszeit auch öfters der Fall war. Dazu aber braucht es nicht zu kommen, weshalb hierdurch die dringende Ermahnung an die Landwirtschaft ergeht die für den Abich verfügbaren Kartoffelvorräte vor Eintritt der Winterkälte abzurufen.

!! Söllingen b. Durlach, 27. Okt. Jaapacht. Bei der Verpachtung der etwa 1100 Hektar betragenden Jagd wurde ein Preis von 170 000 Mk. erzielt.

— Mannheim, 27. Okt. Die Unsicherheit nimmt hier ständig zu. So wurde an einem der letzten Abende ein Tapezierer von drei Burschen überfallen und seiner Burschenschaft beraubt. Ebenfalls an einem der letzten Tage, nachmittags kurz vor 6 Uhr, wurde ein 19-jähriger Kassenbote, der bei einer Bank Geld abgehoben hatte, von 2 Männern überfallen. Auf seine Hilfserufe ergriffen die Räuber die Flucht, ohne den Zweck ihres Ueberfalles erreicht zu haben.

— Mannheim, 27. Okt. Aufruhr. Mit den Ausschreitungen einiger Waldorfer Burschen auf dem Hauptbahnhof am 29. August d. J. hatte sich das Schwurgericht zu befassen. Auf der Anklagebank saßen sechs junge Leute; die Anklage gegen sie lautete auf Aufruhr und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Die Angeklagten gingen an dem genannten Tag in stark angeheizter Stimmung zuerst gegen den Bahnsteigwächter tätlich vor, dann gegen den einschreitenden Wachtmeister und gegen weitere Bahnbeamte. Allen wurden mildernde Umstände zugestanden. Das Urteil lautete auf 8 Monate bis zu 1 Monat Gefängnis. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

— Schutterath (N. Fahr), 27. Okt. Unfall. Am Mittwochabend geriet der 13 Jahre alte Sohn des Wilhelm Oberer unter die Räder eines mit Dung beladenen Anhängerwagens. Der Wagen fuhr ihm über die Brust, so daß der Tod sofort eintrat.

— Stausen i. Br., 26. Okt. Einbruchdiebstahl. In der Nacht zum Mittwoch wurde ein Einbruch in der hiesigen Güterhalle verübt, wobei den Dieben Stoffe und Kleider im Werte von etwa 50 000 Mk. in die Hände fielen. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden.

— Feuerbach (N. Mannheim), 26. Okt. Feuer. In dem Anwesen des Landwirts Johann Bruder brach heute früh ein Brand aus. Wohngebäude und Scheuer, sowie größere Holzvorräte und Heu sind ein Raub der Flammen geworden. Das Vieh konnte zum Glück gerettet werden.

— Schopfheim, 27. Okt. Zum Falle Drendorf. Wie jetzt bekannt wird, hat der festgenommene Kaufmann Andreas Berger aus Paris, der Ausweispapiere auf den Namen „Andreas Walter“ aus Saarbrücken bei sich führte, und den Anschlag auf den Oberwachmeister Drendorf ausführte, bereits seit längerer Zeit mit noch einigen Franzosen in größerem Umfange Schmuggelbetrieben.

— Konstanz, 27. Okt. Bodenseegeschichtsverein. Die Hauptversammlung des Bodenseegeschichtsvereins kann in diesem Jahre wegen widriger Umstände nicht stattfinden und muß auf den Mai 1927 verschoben werden. Der Bodenseegeschichtsverein zählt rund 1500 Mitglieder, wobei Württemberg mit 460, Baden 297, Bayern 273, Hohenzollern 119, Österreich-Ungarn 152, Schweiz 108 und das übrige Deutschland mit 41 Mitgliedern vertreten ist. Zur Unterhaltung des wertvollen Museums des Vereins in Friedrichshafen hat die Stadtgemeinde Friedrichshafen dem Verein 3000 Mk. Unterstützungsbetrag überwiesen und ihm außerdem die Mietmiete erlassen, so daß der Weiterbestand des Museums als gesichert gelten kann. In den Vereinsvorstand wurde Professor Theodor Schneidemann, anstelle des verstorbenen Oberbürgermeisters Reichel-Ravensburg berufen.

## Auß der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, 28. Oktober 1922.

## Nachklänge zum Karlsruher Besuch in der Pfla. Tartarin auf der Kropssburg.

— Die Angst der Franzosen, dieser tapferen „Sieger“, wegen des Dankbesuches der Karlsruher in der Pfla am letzten Sonntag war riesengroß. Der Pflaer Korrespondent des „Hilfs-Tagbl.“ macht in dem genannten Blatt Mitteilungen über die vom „Tartarin-Brudhonne“ getroffenen Vorbereitungen, die bei den glücklich zurückgekehrten Karlsruher Teilnehmern ein verständnisvolles Lächeln über die Tapferkeit und den Mut der „Sieger“ hervorgerufen dürfte. Er schreibt:

Unter dem Stabe des französischen Bezirkskommandanten von Landau, des Majors Prudhomme, herrschte wieder einmal große Aufregung. Eine gewaltige Invaliden germanischer Heerzeichen aus dem Badener Land, hauptsächlich aus Karlsruhe, ist angelegt. Nach seinen Informationen soll dieser badische Heerband die pfälzische Kropssburg mit stürmender Hand besetzen. Zwar will man ihm einreden, es handle sich nur um harmlose Pfälzer Waldfreunde, die in Erinnerung der pfälzisch-alemannischen Wode am Sonntag, 22. Oktober 1922, einige Stunden reiner Naturfrische gemeinsam mit ihren Pfälzer Vorbereitern auf der schönen Kropssburg genießen wollten. Aber Tartarin-Brudhonne ist zu erfahren, zu klug und zu — ängstlich, um nicht zu wissen, daß dahinter nicht der teutonische Plan eines eventuellen Ueberfalls auf Frankreichs Besatzungsarmee stecken könnte.

Deshalb trifft er also umfassende Vorbereitungen. Auf den Bahnhöfen Maitammer, Edesheim und Ebdobben werden große Kommandos bereitgestellt, bestehend aus französischen Kriminalbeamten, Agenten und Spiegeln. Leider muß auch die deutsche Gendarmerie ein Kontingent dem französischen Oberkommando unterstellen. Als dann die harmlosen Bergwanderer nach ihrer Ankunft ahnungslos zur lustigen Bergeshöhe hinaufsteigen, werden sie beim Aufstieg von diesen Ueberwachungskommandos förmlich eskortiert. Drobun verteilen sich Kriminalisten, Agenten und Spigel unter die Teilnehmer, und wo drei Deutsche zusammenstünden, konnte man verfühert sein, daß der vierte Mann nicht fehlte. Die französischen Beamten hatten strenge Anweisung, darüber zu wachen, daß keine politische Rede gehalten, kein vaterländisches Lied gesungen, kein verbotenes Abzeichen getragen wurde.

Es muß als ein großes Glück betrachtet werden, daß die Festteilnehmer sich durch dieses Heer von „Agents provocateurs“ nicht herausfordern ließen. Das Fest nahm einen harmonisch-schönen Verlauf und Tartarin-Brudhonne hätte wieder einmal umsonst im Bewußtsein seiner großen Verantwortung qualvolle Stunden verbracht, oder: „Die Hosen gelüchelt voll gehabt“, wenn nicht am Schluß der Gang der Ereignisse ihm doch recht gegeben hätte. Zwei Karlsruher Gymnasiasten — sie hatten leider ein Glas Pfälzer Wein zu viel erwischt — stimmten plötzlich beim Abstieg das verpönte Lied an: „Deutschland, Deutschland über alles“. Sie hatten aber noch nicht die erste Strophe zur Hälfte gesungen, als sie die Strafe für ihre Freveltat erreichte. Vier französische Kriminalisten rückten scharf auf die Uebeltäter, und trotz der Tränen der zu Tode erschrockenen Mutter wurden sie aus der Reihe der Festteilnehmer fortgeschleppt ins Gefängnis, also für einer strengen Bestrafung entgegenzehen. Immerhin dürfen wir hoffen, daß sie wenigstens nicht lebenslanglich eingesperrt werden, denn Tartarin am Rhein ist bekanntlich nicht nur allwissend, sondern auch — „gerecht“.

Dieser selbe Herr Major Prudhomme hat bekanntlich auch die Veranlassung gegeben, daß das Fest der pfälzischen Presse in Landau abgelagt werden mußte. Er hat nämlich an den Festauschluß die Forderung gestellt, daß ihm, Herrn Prudhomme, für dieses Fest eine besondere Loge zur Verfügung gestellt werden müßte, die mindestens so groß sei wie die Ministerloge. Nur unter dieser Bedingung könne er die Genehmigung zum Fest erteilen. Da der Festauschluß sich voraussichtlich wegen des Herrn Prudhomme nicht in unnötige Unkosten stürzen kann, wurde somit das Pfälzer Pressefest verschoben.

— Versuche über die Ausbreitung des Schalles bei Explosionen. Auf dem Artillerie-Schießplatz Odebrod in Holland wird durch Entzündung von 10 000 Kilo. Sprengstoff heute Abend um

6 Uhr eine künstliche Explosion hervorgerufen. Dieser Versuch hat den Zweck, die merkwürdige Erscheinung der Schallausbreitung, wie sie im vorigen Jahre bei dem Oppauer Explosionsunglück beobachtet worden ist, zu untersuchen. Es ist möglich, daß Nordbaden noch in die äußere Hörbarkeitszone zu liegen kommt. Die Badische Landeswetterwarte in Karlsruhe ist um ihre Mitarbeit angegangen worden. Der Schallwirkungen beobachtet, die mit dieser Explosion im Zusammenhang stehen könnten, tut gut daran, seine Beobachtungen der Landeswetterwarte mitzuteilen. Bei der großen Entfernung wird der Explosionsknall etwa 6—8 Minuten nach 6 Uhr hier ankommen.

— (Kathol. St. Stephangemeinde. Der frühere Präfeld an der Vorderen Lehranstalt in Sasbach, Vikar Philipp Degen in Oberweier, ist auf 7. November als weiterer Kaplan an die hiesige St. Stephangemeinde angewiesen als Nachfolger des vom Erzbischof zum Stadtpfarrer von Gaggenau ernannten leitberigen Kaplans Hilfer.

— (Erstigung von Wander-Herbergen auf gemeinnütziger Grundlage. Auf der im Baden-Baden stattgehabten Sitzung des Landesauschusses des Badischen Verkehrsverbandes wurde der Beschluß gefaßt, ähnlich der in Baden vorbildlich durchgeführten Organisation der Jugendherbergen in Verbindung mit den Gemeindeverwaltungen und den örtlichen Verkehrsvereinen, auch Wander-Herbergen für Altwanderer entweder als dauernde Einrichtung oder nur für die Hauptreisezeit zu schaffen. In Verbindung mit dem Bund Deutscher Verkehrsvereine und den Organisationen für das Hotel- und Gastwirtsgeerbe soll ferner für deutsche Ferienreisende systematisch eine Verbilligung der Ferienreisen und des Kurz- und Sommerfrischenaufenthaltes herbeigeführt werden.

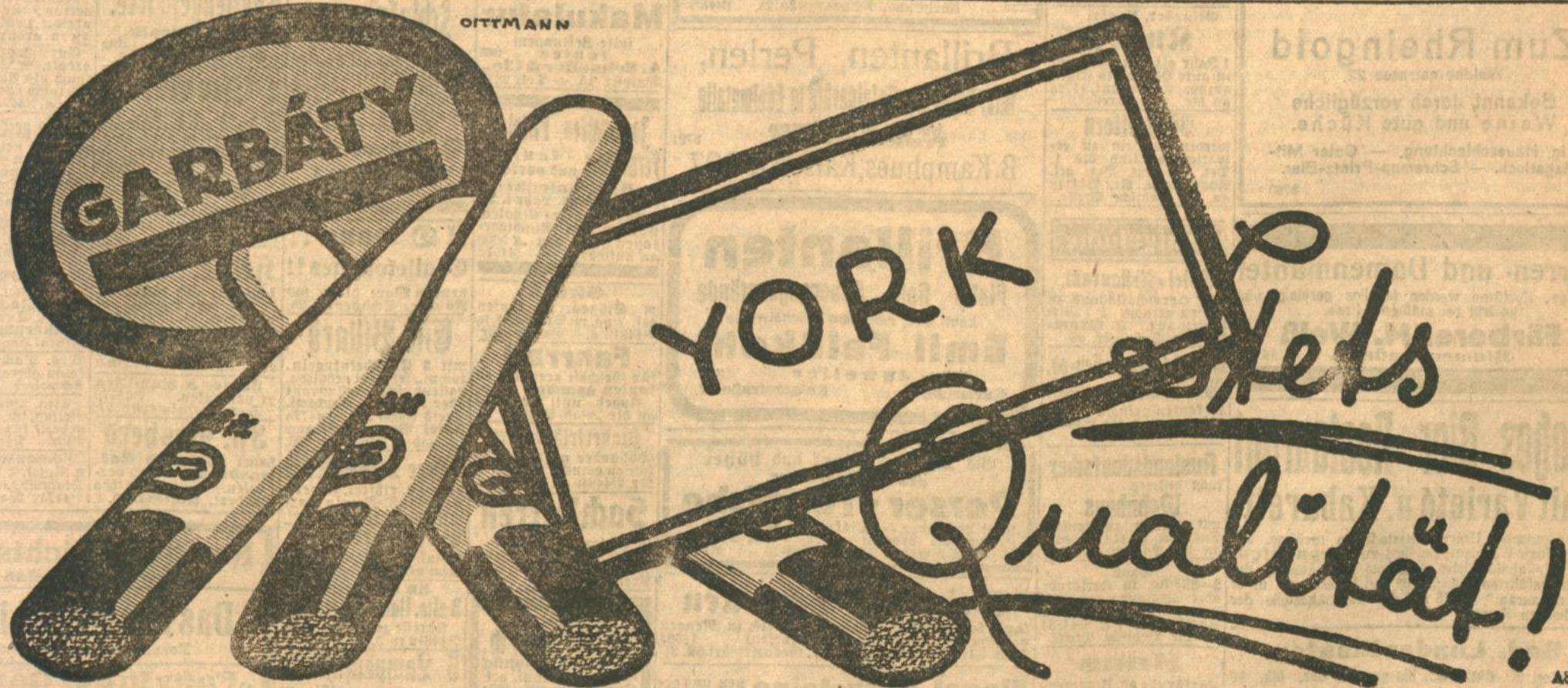
— Die gesoppten Verwandten. Vor einigen Tagen starb in Konstanz ein Mann aus ärmeren Kreisen, von dem man keine Erbschaft erwarten konnte. Groß war daher das Erstaunen der Verwandten und Erben, als sie nach dem Tode ein Sparbuch nach fanden, laut welchem der Verstorbene auf der Thurnauer Kontonbank in Kreuzlingen 21 000 Franken liegen hatte. Die Erben jubelten, denn 21 000 Franken sind gegenwärtig 16 bis 17 Millionen Mark! Sie freuten sich aber zu früh. Die Nachfrage bei der Kreuzlinger Bank ergab, laut „Konst. Nachr.“, daß der Verstorbene im Jahre 1915 sein Guthaben von etwa 300 Franken abgehoben und seitdem nichts mehr zugelegt hatte. Im Sparbuch aber hatte der Tote alle Jahre, offenbar zu seinem Vergnügen, aber um einmal die Verwandten zu foppen, größere Beträge eingetragene, 7000 Fr. usw., bis sich die Summe von 21 000 Fr. ergab, die aber nur im Sparbuch existierte.

— Der Kampf gegen die Volksseuchen. Im Hörsaal des hygienischen Instituts in Berlin fand dieser Tage anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Berliner Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege eine Festigung statt. Der Vorsitzende der Gesellschaft, Geh. Medizinalrat Professor Dr. Penz, wies in seiner Begrüßungsansprache auf die Gefahr hin, daß die Errungenschaften der Gesundheitspflege, die der letzten 50 Jahre gebracht haben, wieder verloren gehen. Der neu ernannte Ordinarius der Hygiene, Professor Dr. Martin Hahn, stellte fest, daß die öffentliche Reinlichkeit in Berlin hinter der der Großstädte des deutschen Südens zurückgeblieben sei. Wenn die Stadtbehörde den Rat von Sachverständigen einholt, wie es immer in München geschehen sei, so würde sie nicht auf den Gedanken kommen, die Schulen und Bäder wieder teilweise zu schließen in einer Zeit, in der genügend Kohle für Lichtklemme an allen Ecken Berlins vorhanden sei. Einen Ausblick in die Zukunftsaufgaben warf Ministerialdirektor Dr. Gottstein. Notwendig ist zunächst die Fortführung des Kampfes gegen die Volksseuchen. Denn, wenn auch die bakteriologische Wissenschaft den Kampf erleichtert hat und die Statistik ein gewaltiges Herabfallen der Sterblichkeit anzeigt, so waren die Todesziffern in Deutschland vor dem Kriege immer noch höher als in anderen Ländern. Ferner ist notwendig die Eingliederung der sozialen Hygiene in die öffentliche Gesundheitspflege, drittens die Vertiefung des Begriffes der Vorbeugung durch biologische Methoden. Wie wichtig dieses Moment ist, zeigt das Beispiel der Tuberkulose, bei der sich herausgestellt hat, daß der drohende Kampf schon im frühen Kindesalter zu beginnen hat. Möglich ist diese Methode erst geworden durch den Ausbau der sozialen Versicherung. Will die öffentliche Gesundheitspflege ihre Ziele erreichen, so bedarf sie der freudigen Mitarbeit der Ärzte und praktischen Hygieniker. Deshalb muß den Ärzten in der Sozialversicherung die gebührende Stellung eingeräumt und darf ihr Stand nicht in Not und Verweisung getrieben werden.

— (Galerie Hirsch. Bei dem Konzert, das am Mittwoch anlässlich der Eröffnung der Galerie Hirsch stattfand, hatte Herr Oberhard, Leiter am Konservatorium, die Begleitung der Solisten am Flügel übernommen.

— Der Frauenklubverein „Vergewunde“ hält am Sonntag den 29. Oktober sein diesjähriges Stiftungsfest im „Gottesacker Schloß“ ab. (Näheres im Anzeigenblatt.)

— (Theateranzeigen. Landestheater: Julius Caesar, 7 Uhr. — Hoftheater: Verstellung, 8 Uhr. — Siedersballe: Heiterer Familienabend, 8 Uhr. — Saar-Veren: 1. Stiftungsfest im Saale Röver, 8 Uhr. — Alt-kath. Gemeinde: Bazar im Nordmarkt im „Edwennaden“, 8 Uhr. — Karlsruh. Fußball-Verein: Öffentliches Beisammensein 8 Uhr im Moninger. — Fußball-Klub Borussia: Spartenversammlung bei Ranzier. — Fußball-Klub Württemberg: Spartenversammlung auf dem neuen Sportplatz, 8 Uhr.



8158

